

**Johanna Wischner, Thomas Möbius**

## Editorial

Am Kipppunkt. Erst vor wenigen Jahren fand durch die Fridays-for-Future-Bewegung das Thema Klimakrise ins Zentrum des öffentlichen Diskurses. Das machte Hoffnung, dass endlich mehr für den Klimaschutz getan und es zu einer ambitionierten Klimaschutzpolitik kommen würde. Außerdem nahm das gesellschaftliche Bewusstsein dafür zu, dass die globale Bedrohung durch den Klimawandel real und akut ist. Mit der Corona-Pandemie rückte das Thema jedoch wieder in den Hintergrund: Wir befanden uns nun in einem anderen, noch akuterem Krisenmodus. Aus dem sind wir seitdem nicht herausgekommen. Auf die Pandemie folgten die Kriege in der Ukraine und in Nahost. Zugleich radikalisierten sich die Protestformen der Klimaaktivist:innen, wie man an den Besetzungen und Blockaden von Initiativen wie Ende Gelände oder Letzte Generation sehen kann. Ihre Protestformen riefen heftige Kritik hervor. Selbst Befürworter meinten, dieser radikale Protest könnte kontraproduktiv sein und letztlich dem Anliegen schaden. Kippt die breite gesellschaftliche Befürwortung des Klimaschutzes in Richtung Ablehnung, nicht zuletzt befördert durch die unsoziale Verteilung der Lasten der Klimaschutzpolitik? Andererseits kann die zu beobachtende Radikalisierung auch gedeutet werden als ein „Kippen“ des Diskurses über die Klimakrise in Richtung apokalyptischer Zukunftsszenarien – die dann wiederum jedes Mittel zu rechtfertigen scheinen: entweder Rettung oder Untergang. In dem Essay „Untergang als Argument. Politiken der Apokalypse“ (Soziopolis 2023) beschreibt Ulrich Bröckling die politischen Konsequenzen einer solchen apokalyptischen Argumentationsfigur: Sie bewirke glei-

chermaßen atemlosen Aktionismus, Gleichgültigkeit und Abwehr im Namen vermeintlicher „Normalität“, die zu verteidigen sei, und autoritäres Durchregieren. Die endzeitlichen Narrative polarisieren. Neben den Kipppunkten des Klimas geht es mithin auch um die des Klimadiskurses und der Klimapolitik.

Stefan Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung sagte im Juli 2023 im Deutschlandfunk, das Ziel des Pariser Klimaabkommens von 2015, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, sei „politisch praktisch nicht mehr zu halten, so, wie die Weltlage nun mal ist. Physikalisch kann man es noch erreichen, aber dazu müsste man eben es anpacken, wie, wenn man in einer Kriegssituation ist und das einfach die Top-Priorität hat, die 1,5 Grad zu halten. Realistisch ist es natürlich so, dass die allermeisten Regierungen das eben leider nicht als Top-Priorität behandeln und so werden wir es auf keinen Fall schaffen“. Im Augenblick ist in der Tat nicht zu sehen, dass die Klimakrise politisch als „Top-Priorität“ behandelt wird. Auch die Klimakonferenz in Dubai (COP 28) war in dieser Hinsicht keine Revolution. Zwar war sie mit siebzigtausend Teilnehmer:innen größer als alle Klimakonferenzen zuvor; und es war das erste Mal, dass man sich in der Abschlusserklärung explizit auf eine Abkehr von fossilen Energien einigte – allerdings nicht auf einen Ausstieg. Doch das 1,5°-Ziel ist mit den beschlossenen Maßnahmen nicht zu erreichen. Es geht vorwärts, aber nicht im nötigen Tempo. Statt zu sinken, steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen immer noch weiter an, 2022 um 1,2 Prozent.

Gegen diesen nur langsamen Fortschritt im globalen Klimaschutz setzen die Protestbewe-

gungen wie Fridays for Future, Letzte Generation und Extinction Rebellion eine apokalyptische Rhetorik der Dringlichkeit: Die Welt stehe am Abgrund, auf der Schwelle zum globalen Klimakollaps. Wir seien die letzte Generation, die den völligen Erdzusammenbruch vielleicht noch aufhalten könne. Mit dem drohenden Klimakollaps begründen sie die Legitimität ihrer Proteste, der Demonstrationen und des zivilen Ungehorsams.

Der apokalyptische Ton ist in seiner Drastik und Vereinfachung überzogen, aber nachvollziehbar. Es ist evident, dass wir schnell und entschieden handeln müssen, um die menschengemachte Erderwärmung zu verlangsamen. Und vielleicht braucht es das drastische, zugespitzte Ausmalen der Konsequenzen unseres Lebensstils, um den nötigen Druck zu erzeugen, das politische und das eigene Handeln zu ändern – gerade in den reichen Industriestaaten. Ebenso ist klar, dass sich sehr viel sehr stark verändern wird durch den Klimawandel. Die „Welt an sich“ oder die gesamte Menschheit werden sicher nicht untergehen. Aber die Veränderungen, die uns bevorstehen, werden massiv sein und sind es zum Teil schon. Einige Regionen werden wahrscheinlich in naher Zukunft für Menschen nicht mehr bewohnbar sein – und das betrifft nicht nur Inselstaaten wie Kiribati, Tuvalu und Mikronesien, die vom steigenden Meeresspiegel bedroht sind, sondern auch Europa. Die Hitzeextreme und Waldbrände im Sommer 2023 in Südeuropa lassen erahnen, wie sich der menschengemachte Klimawandel dort auswirkt. Eine Folge könnte Klimamigration selbst innerhalb der EU sein – von Regionen außerhalb Europas gar nicht zu reden. Das weist auf die massive soziale Schieflage und das große globale Gerechtigkeitsdefizit hin, die mit dem Klimawandel verbunden sind. Die (globale) Ungerechtigkeit in der Verteilung von Lebenschancen, die seit jeher besteht, wird durch den Klimawandel intensiviert. Die Klimakrise verschärft die Klassegegensätze, wie Lioba Schneyinck im „freitag“ (49/2023) schrieb. Eine sozial un-

ausgewogene, auf dem Rücken der Schwachen ausgetragene Klimapolitik, einschließlich der Abwälzung der Kosten des Klimawandels, werde, so Sighart Neckel in dieser Zeitschrift, dazu führen, dass der Klimaschutz an Rückhalt verliert. Ohne die soziale Frage sei die ökologische nicht zu bewältigen: „Soll Nachhaltigkeit [...] nicht zum sozialen Sprengsatz werden, braucht es [...] eine sozial-ökologische Gesellschaftsreform, die Lasten gerecht verteilt“ (Initial 3/2023: 10).

Wir können den Klimawandel nicht aufhalten. Aber wir können ihn (noch) in für die Menschen erträglichen Grenzen halten und – Stichwort Resilienz – lernen, mit den sich durch den Klimawandel verändernden Lebensbedingungen wie steigende Meeresspiegel, Hitzeextreme, Dürren, extreme Wetterereignisse etc. umzugehen. Technisch sind wir in der Lage dazu. Und bei aller Kritik an den Ergebnissen der UN-Klimakonferenzen seit 1995 – es ist auch schon viel erreicht. Christian Jacob resümierte in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ (9/2023), dass im Vergleich zur Untergangsstimmung 2018, dem Beginn von Fridays for Future, die Apokalypse abgesagt sei: Keine Entwarnung, aber die apokalyptischsten Szenarien seien nicht mehr wahrscheinlich. Die technologischen Lösungen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen werden jedoch nicht ausreichen, um der Klimakrise zu begegnen. Mit einer „grünen Wirtschaft“ und Elektroautos ist es nicht getan. Es geht um eine sozial-ökologische Transformation – und auch um eine politische. Die Herausforderung, vor der insbesondere wir in unseren komfortablen westlichen Gesellschaften, die wir noch nicht unmittelbar mit dem Leben bedroht sind, stehen, ist, unsere Wirtschafts- und Lebensweise zu hinterfragen und umzudenken: Wie kann eine Postwachstums-Welt aussehen, eine Welt, in der wir nicht „gleichzeitig Menschen in anderen Teilen der Welt ihre Chancen“ nehmen, wie Martina Schäfer in unserem Podiumsgespräch zum Thema fragte. Es ist so vielleicht auch eine Frage der Utopie, wie wir mit der Kli-

makrise umgehen: In was für einer Welt wollen wir leben? Wie lässt sich die ökologische Transformation als Entwurf einer besseren Gesellschaft denken? Hier sind nicht zuletzt die Geistes- und Sozialwissenschaften gefragt, die in der öffentlichen Aufmerksamkeit das Thema Klimawandel bisher kaum besetzen. Anlass für den Themenschwerpunkt „Klimakrise als Weltuntergang“ sind aus dieser Perspektive also zwei Fragen: Welches Wissen und welche Bilder brauchen wir, um mit der großen Problematik „Klimakrise“ fertigzuwerden? Wie ist aus einer sozial- und geisteswissenschaftlichen Perspektive die aktuelle Apokalypse-Rhetorik zu deuten?

Den Einstieg bildet ein Gespräch mit der Soziologin und Umweltwissenschaftlerin *Martina Schäfer* und dem Klimageografen *Christoph Schneider* über die Rolle und Verantwortung der Wissenschaften in der Klimakrise. Beide sind bei Scientists for Future engagiert und in der Wissenschaftskommunikation aktiv. Sie argumentieren dafür, sich um eine politische Gestaltung der Umwälzungen zu bemühen und nicht in Apokalypseangst zu erstarren. Sie weisen darauf hin, dass die Debatte viel konstruktiver geführt werden könnte, denn die Fakten wie auch viele Lösungsansätze liegen auf dem Tisch. Im anschließenden Beitrag plädiert *Petra Kolb* dafür, die Klimaproteste als radikaldemokratische Praxis zu verstehen. Die Klimaaktivist:innen nutzen den öffentlichen Raum als Forum, um Kritik und Forderungen aus der Zivilgesellschaft an die politische Ordnung zu artikulieren und Rechtsänderungen im Bereich des Klimaschutzes voranzutreiben.

Die folgenden Beiträge befassen sich aus verschiedenen Perspektiven mit der apokalyptischen Rhetorik der Klimaprotestbewegungen. *Alexander-Kenneth Nagel* analysiert die sozial-ökologischen Krisendiagnosen von Extinction Rebellion und Letzter Generation vor der Folie moderner Endzeitvorstellungen auf ihre Bildsprache (Semantik), Erzählstruktur (Syntaktik) und Kommunikationssituation. Ihre Apokalypsik könne als „Chiffre der Dringlichkeit“

gelesen werden. *Mirko Beckers* fragt, warum die Einsicht in die Wahrheit des Klimawandels keine politische Wirksamkeit freisetzt und welche Funktion demgegenüber apokalyptischen Schreckensbildern zukommt, die rhetorisch in die politische Arena hineingetragen werden. Er zeigt dabei zwei Spannungsfelder auf: erstens das Verhältnis von Wahrheit und Politik nach Hannah Arendt, zweitens eine methodische Apokalypsik, die ihre Unheilsprophezeiungen als konsultativ inszeniert und eine präventive Kraft evoziert, die das Eintreten des Untergangs durch seine narrative Vorwegnahme verhindern will. *Alexander Kurunczi* untersucht das Krisennarrativ darauf hin, welche politischen Wirkungen die Semantiken der Katastrophe und Apokalypse zeitigen: Wie hängen Semantiken des Pessimismus, der Apokalypse, des Optimismus und der Utopie zusammen? Wie sind diese einerseits in hegemoniale Konstellationen verstrickt und wo liegt andererseits ihr disruptives Potenzial? Kurunczi plädiert für einen „utopischen Realismus“, der Handlungsalternativen neben Optimismus und Pessimismus aufzeigt. *Oliver Mohr* betrachtet die apokalyptische Rhetorik der Klimaprotestbewegungen vor einem geistesgeschichtlichen Hintergrund und setzt sie in Bezug zur Tradition der Danielapokalypse im Alten Testament. Apokalypsen stellen, ideengeschichtlich gesehen, Reflexionsformen dar, die dazu dienen, sich historische Zeit zu vergegenwärtigen und begreifbar zu machen. In diesem Sinne könne die Apokalypsik der Klimaprotestbewegungen als Reflexionsform der Klimakrise verstanden werden. Abschließend fragt *Sebastian Althoff*: „Was heißt Überleben?“ Er skizziert in der Gegenüberstellung von Populärkultur und den Schriften schwarzer, feministischer und queerer Autor:innen die unterschiedlichen Vorstellungen, die sich in dem Begriff des Überlebens vereinigen, und welche politischen Konsequenzen aus diesen verschiedenen Verständnissen erwachsen, die konservierend und reproduktiv oder transformativ wirken können.

Außerhalb des Themenschwerpunkts thematisiert *Loïc Wacquant* ethnorassistische Gewalt – ein ebenso dynamisches und vielschichtiges wie kontrovers diskutiertes Phänomen. Wacquant setzt ethnorassistische Gewalt in Beziehung zu vier weiteren elementaren Formen rassistischer Herrschaft und stellt ein mehrdimensionales Analyseraster vor, mit dem Zusammenhänge von Rasse und Gewalt theoretisch und empirisch erforscht werden können.

Anschließend skizziert *Tatjana Hofmann* den Umbruch, in dem sich die Osteuropastudien gegenwärtig befinden. Ihr hier dokumentiertes Gespräch mit der Slawistin *Rena-*

*te Lachmann*, von 1978 bis 2001 Professorin für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft und Slawische Literaturen an der Universität Konstanz, ist der Auftakt zu einer Gesprächsreihe über die Geschichte und die Zukunftsperspektiven der Osteuropawissenschaften. Angesichts des gegenwärtigen Umbruchs in der „Disziplinfamilie“ soll anhand biographischer Interviews der Frage nachgegangen werden: Wie stellen wir Wissen über Osteuropa her und verbreiten es? Und welche Rolle spiel(t)en dabei kultureller Austausch, einzelne Personen und Institutionen?

Davide Brocchi: Soziale Ungleichheit und Nachhaltigkeit. In: Berliner Debatte Initial 3/2023, S. 30–45.

#### ERRATUM

Aufgrund eines Fehlers im Herstellungsprozess ist die Seite 38 aus dem Beitrag von Davide Brocchi bedauerlicherweise nicht gedruckt worden. Die Seite ist dem Heft 4/2023 separat beigelegt.

Die Seite kann außerdem von unserer Homepage <https://berlinerdebatte.de> heruntergeladen werden.